

Seite
mer Dres-
om Säch-
annt und
eldet wor-
die weder
olzhändler,
verpflichtet,
enhändler,
1/1. anzu-
en Verstoß
In glei-
nung, der
festgelegten
nnach ver-
erband
Brennholz-
Bezug.
Winkel: 1/1
Dresden,
eben.
straße 12.
1.18
1.05
-95
-88
ER
ein A-G
uch-
ben
er Art
moderner
führung
Werk
mania
resden
urto.
obungs-
mählung-
Trauer-
Anzeigen
ollten
Sie
or allem der
schlichen
tszeitung
umellen.
er
entszeit
tenzeit
g Kurze
Dresden
Partien

Nummer 70 — 34. Jahrgang
Zirkeln: 8 mal wöchentlich mit der illustrierten Gesell-
schaftsbeilage „Der Feuerteller“ und mehreren Zeitbeilagen
Wöchentliche Verkaufspreise:
Bund. 6 mit St. Sonnabend und Feuerteller Nr. 2,70
Bund. 6 ohne St. Sonnabend u. mit Feuerteller Nr. 2,20
Bund. 6 ohne St. Sonnabend u. ohne Feuerteller Nr. 1,70
Einzelnnummer 10 Pfg., Sonnabend- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

Ausgabe A mit Benno-Blatt
Sonnabend, den 23. März 1935
Verlagsgesellschaft
Anzeigenpreise: die Spalte 22 mm breite Zeile 8 Pfg.
— für Familienanzeigen und Streifenpreise 1 Pfg. —
Für Anzeigenstellen können wir keine Gewähr leisten

Sächsische Volkszeitung

Unabhängige Tageszeitung für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, ausstehenden
Vertragsbedingungen hat der Verleger aber keinen
Anspruch, falls die Zeitung in befristetem Umfang,
beschränkt oder nicht erbeten — Verlagsgesellschaft

Die deutsche Wirtschafts- u. Kulturpolitik

Göring vor dem preußischen Staatsrat

Tagung im Preußenhaus aus Anlaß der zweiten Wiederkehr des Tages von Potsdam

Berlin, 22. März.
Am Tage der zweijährigen Wiederkehr des Staatsaktes von Potsdam hatte Ministerpräsident General Göring vor dem preußischen Staatsrat zu einer Arbeitstagung im Preußenhaus einberufen. Ministerpräsident Göring eröffnete die Arbeitstagung mit einer längeren Ansprache, in der er alle aktuellen politischen Fragen behandelte und grundsätzliche Gesichtspunkte für die Behandlung der wirtschaftlichen und kulturellen Probleme angab, zu denen Reichsminister Rust und Reichsbankpräsident Schacht in ihren Referaten eingehende Ausführungen machten.

dem Frieden von Tilsit und erwähnte als Beispiel die aus der preussischen Gemeindeverfassung herausgewachsene deutsche Gemeindeordnung.
„Alle Aufgaben“, so fuhr der Ministerpräsident fort, „die zur Durchführung des Reichsaufbaues seit der Machtergreifung zu erfüllen waren, konnten unter der harten Hand des Führers nur deshalb in verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigt werden, weil für ihre Durchführung der Schwung der in der NSDAP. zusammengehaltenen Energien zur Verfügung standen. In dieser Arbeit hat auch die Beamtenschaft einen wesentlichen Anteil. Die völlige Erneuerung des deutschen Beamtenstandes war nur deshalb möglich, weil bewährte alle Kämpfer der Partei in verantwortliche Stellen des Staatsdienstes einrückten.“

Der Schutz des Reiches nach außen und Einrichtung und Ausbau des Reichsgebäudes nach innen, das sind und bleiben die wichtigsten Ziele unserer nationalsozialistischen Aufbauarbeit.

Daneben stehen aber noch andere Aufgaben, die erfüllt werden müssen und die immer mehr in den Vordergrund treten. Unter ihnen sehe ich zwei zu immer größerer Wichtigkeit herauszuwachsen:

1. Die Sicherung der wirtschaftlichen Leistung des Reiches auch für die Zukunft und damit die Sicherung von Brot und Arbeit für alle Volksgenossen durch eine zweckentsprechende und kraftvolle Wirtschaftspolitik
2. Die Durchführung und Vertiefung der Erziehung des deutschen Menschen zur unerschütterlichen Erhabenheit und zur reiflichen Betätigung im Dienste der nationalsozialistischen Idee durch eine auf dieses Endziel abgestimmte Kulturpolitik.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Die alte Melodie

Frankreichs Genfer Appell und die Note an Deutschland liegen nun im Wortlaut vor. Ersteren haben wir bereits in der gestrigen Ausgabe veröffentlicht. Der Wortlaut der französischen Note findet sich zusammen mit der italienischen Note im Innenblatt der vorliegenden Ausgabe. Sie atmen den Geist der Rede, die Flaminio Piccoli am Mittwochnachmittag vor dem Senat gehalten hat. Der völkerrechtliche Formalismus triumphiert über die politische Moral und den gesunden Menschenverstand, und alle alten Requiriten aus dem Schematismus der pariser Nachkriegsdiplomatie müssen dazu erhalten, um die Pariser Politik bei einer ihrer kurzfristigen Aktionen mit dem Schimmer der Vertrauenswürdigkeit zu umgeben. Piccoli hat in dieser Rede gesagt, Herriot hat sie mit Erfolg zu spielen versucht, und wir stellen bedauernd fest, daß der neue Geist am Quai d'Orsay mit den alten überlebten Phrasen und Wortteilen noch nicht ausgeräumt hat.

Wir schreiben das Jahr neunzehnhundertfünfunddreißig. Das sechzehnte Jahr nach Versailles! Und wir erleben es, daß ein französischer Ministerpräsident von der deutschen Alleinverantwortung am Kriege spricht! Sind Herrn Flaminio Piccolis sämtliche Ergebnisse der internationalen Kriegsschuldforschung entgangen, an denen nicht allein Deutsche, nein, auch Engländer, Amerikaner und sogar Franzosen beteiligt sind? Soweit diese Forscher überhaupt von persönlicher Verantwortlichkeit reden, stellen sie, wie Sidney Bradshaw Fay, eine geteilte Verantwortung unter den Mächten fest, wobei die Hauptverantwortung nach Belgrad, Petersburg und allenfalls nach Wien verlegt wird. Wie fadenförmig Flaminio Piccolis Schuldbeispiele im übrigen sind, erhellt aus der Berufung auf den ehemaligen Reichskanzler Fürst Bismarck, der in seinen Memoiren irgendwo die leichtfertige Behauptung aufstellt, Bethmann-Hollweg habe am 1. August 1914 aus Angst vor Quertreibern der Sozialdemokratie die Kriegserklärung an das zaristische Rußland betrieben. Wie der bekannte Kriegsschuldachverständige Alfred von Wegerer in seiner 1930 herausgegebenen Schrift „Fürst Wilhelms Irrtümer über den Kriegsausbruch. Kritische zu seinen Denkwürdigkeiten“ nachweist, müssen die Behauptungen Piccolis auf einem Irrtum beruhen, da der Wortlaut der Kriegserklärung zu dem genannten Zeitpunkt bereits aufgesetzt war, und jedenfalls hatte es angesichts der angeordneten russischen Mobilisierung nur noch eine formale Bedeutung, von welcher Seite aus der Krieg offiziell erklärt wurde. Es ist aber außerordentlich charakteristisch, daß ein französischer Regierungschef die alte Kriegsschuldtheorie wieder aufwärmt in einem Augenblick, wo es um die Wahrung der Ehre eines der Kernstücke des Versailles-Diktats geht. Unter Hinweis auf die deutsche Kriegsverantwortung hat man in den Jahren nach Locarno die Rheinlandbrünnung verzögert, und unter dem gleichen Vorwand hätte man sich bis zuletzt gegen einen Verzicht auf die deutschen Tributzahlungen, Rheinlandbesetzung — Tribute — einseitige Entlassung waren moralisch nur zu rechtfertigen durch die Aufrechterhaltung der deutschen Schuldtheorie, und wir erinnern uns lebhaft genug, welches Aussehen es seinerzeit auf der Konferenz von Lausanne erregte, als die deutsche Delegation im Zusammenhang mit der Tribut- und Gleichberechtigungsfrage auch den Widerruf der Kriegsschuldfrage von 1919 verlangte. Damals gelang dieser Versuch nicht, die Zeit war noch nicht reif, und die Frage der Gleichberechtigung ist erst zweieinhalb Jahre später, am 16. März 1935, durch einen entschlossenen Schritt von deutscher Seite gelöst worden. Aber Flaminio Piccoli erinnert uns daran, was noch zu tun bleibt, um zwischen unseren beiden Völkern eines der schwersten Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen: Die endgültige Beseitigung der Kriegsschuldfrage.

Flaminio Piccoli ist auch unvorsichtig genug, das deutsche Volk an die Vorgänge des Novembers 1918 zu erinnern. Er behauptet, es sei nicht war, daß das deutsche Volk freiwillig die Waffen niedergelegt habe, ohne freilich leugnen zu können, daß das deutsche Volk kraftvoll bis zum Schluß gekämpft hat. Ist dem Herrn französischen Ministerpräsidenten unbekannt, daß die deutsche Regierung am 5. Oktober 1918 die Grundzüge des Präsidenten Wilson über die Neuorganisation Europas als Friedensbasis ausdrücklich angenommen hat, in einem Augenblick, als die deutschen Armeen unerschüttert standen? Einen Monat später, am 5. November 1918, hat dann der amerikanische Staatssekretär Lansing feierlich erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis — unter zwei bestimmten Abweichungen — einverstanden seien. Damit wurden die Grundzüge des Präsidenten Wilson verbindlich für beide Parteien, und Graf Brockdorff-Rantzau machte sich am

Baubeginn des Nacher Priesterseminars

Bischof Dr. Vogt-Nachen nimmt feierlich den ersten Spatenstich vor

Nachen, 22. März.
Für das Priesterseminar der Nacher Diözese, das im Nacher Generalmutterhaus der Mexikaner ein vorläufiges Unterkommen gefunden hatte, ist nunmehr der Neubau eines eigenen Heimes in Angriff genommen worden. Es wird im großen Garten des Bischöflichen Generalvikariates, der ehemaligen Villa Dellius, in dem Block zwischen Mozart-, Beethoven- und Leonhardstraße errichtet und insgesamt etwa 40.000 Kubikmeter Bauraum umfassen. Es ist auf 80 Nummern berechnet, insgesamt einschließlich der Professoren, Schwestern und Angestellten auf etwa 110 Personen.
In feierlicher Weise wurde am Mittwochnachmittag mit dem ersten Spatenstich das große Werk eingeleitet. Bischof Dr. Vogt, der das Domkapitel, die Professoren des Priesterseminars, die Dechanten der Nacher Diözese und die Mitarbeiter des Generalvikariates um sich ver-

sammelt hatte, wies kurz auf die Bedeutung der Stunde hin: Nach und nach seien die notwendigen Einrichtungen der jungen Grenzdiözese zustande gekommen, es fehle nur noch ein eigenes Gebäude für das Priesterseminar, das das Kirchenrecht vorschreibe. Nun werde heute dieser Neubau eingeleitet. Bei der Ausführung des Planes leite ihn die Hoffnung auf die Hilfe Gottes, der gewiß bei den Arbeiten der Diözese helfen werde; das Weitere müsse dem Bischof selbst überlassen bleiben, das gewiß auch in Zukunft tatkräftig mitwirken werde.
Darauf nahm der Bischof den ersten Spatenstich „zur Ehre Gottes, zum Heile der Diözese und zum Wohl des geistlichen Nachwuchses“ vor. Weihbischof Dr. Sträter machte den zweiten Spatenstich zu Ehren des hl. Joseph. Ihnen schlossen sich das Domkapitel, die Professoren des Priesterseminars, die Dechanten der Diözese, die Beamten des Generalvikariates und die Architekten an.

Entlassung des sächs. Volksbildungsministers

Auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Sachsen hat der Führer und Reichskanzler den sächsischen Volksbildungsminister Dr. Wilhelm Hartmann aus seinem Amt entlassen.

Zwei Todesurteile gegen spanische Aufrührer

Saragossa, 22. März. Das hiesige Kriegsgericht hat am Donnerstag in dem Prozeß gegen eine Reihe von Angeklagten, die an dem Aufstand im Oktober vorigen Jahres teilgenommen hatten, das Urteil gefällt. Zwei Aufständische wurden zum Tode, neun Angeklagte zu je 20 Jahren Zuchthaus und 18 zu Gefängnisstrafen von verschiedener Dauer verurteilt.

Entlassung des bayr. Staatsministers für Wirtschaft

Hermann Esser aus seinem Amt.

Berlin, 22. März. Auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Bayern hat der Führer und Reichskanzler den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Hermann Esser, aus seinem Amt entlassen. Das Ausscheiden Essers aus dem Amt erfolgt im weiteren Zuge der Durchführung der Reichsreform und der damit im Zusammenhang stehenden Umstellung der bayerischen Verwaltung.

Der neue Tiroler Landeshauptmann

Junobrunn, 22. März.
Der Bundeskanzler hat in dem Streitfall wegen der Ernennung des Landeshauptmannes von Tirol nunmehr die Entscheidung getroffen und einen Mann gewählt, der weder im Vorschlag der Vaterländischen Front noch in dem des Landtages enthalten ist. Ernannt wurde zum neuen Landeshauptmann der bisherige Bezirkshauptmann von Landeck, Dr. Joseph Schumacher, der am 14. November 1894 geboren ist und einer alten Tiroler Familie entstammt.

